

## Ich will mehr über die KPÖ wissen

- Das aktuelle Programm der KPÖ
- Das Frauenprogramm der KPÖ
- 1 Probe-Nummer der „Volksstimme“
- Folder: Nein zur FPÖ-Hetze
- Folder: Ideen für ein sozialeres Wien
- Folder: KPÖ - Die linke Alternative
- E-Mail Newsletter der KPÖ-Wien
- Informieren Sie mich über

.....

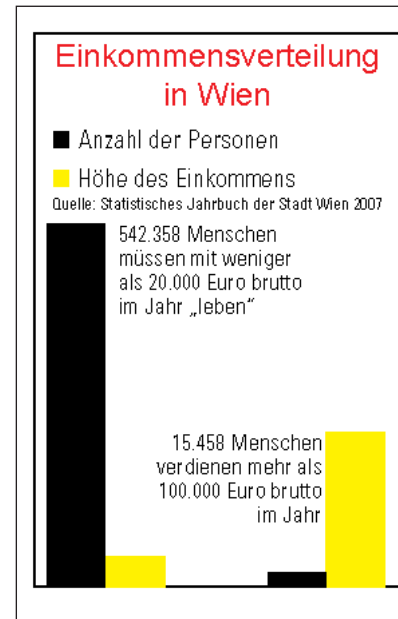
Name:

Adresse:

Telefon:

Em@il:

Kupon ausschneiden und an:  
KPÖ, Drechslerg. 42, 1140 Wien schicken.  
Infos im Internet: [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)



# Wien ist anders! Ist Wien anders?

**Wien ist eine schöne, eine lebens- und liebenswerte Stadt. Aber werden die Potentiale wirklich genutzt? Gibt es nicht eine große Kluft zwischen den Beteuerungen der SPÖ-Spitze, der Realität und den Möglichkeiten?**

**Ein paar Beispiele:**

**# Wien hatte 2009 mit 8,5 % die zweithöchste Arbeitslosenrate aller Bundesländer. Trotzdem spricht Bürgermeister Häupl von „quasi Vollbeschäftigung“.**

**# Frauen verdienen auch in Wien rund 25 % weniger als Männer. Und auch im Magistratsbereich der Gemeinde verdienen Frauen um 15 % weniger als Männer.**

**# Bereits 100.000 Menschen sind in Wien auf die Sozialhilfe angewiesen. Zehntausende Menschen stellen aus Scham keinen Antrag auf Sozialhilfe.**

**KPÖ**  
Linke Liste  
[wien.kpoe.at](http://wien.kpoe.at)

**die linke Alternative**

# Fakt ist, dass städtische Gebühren andauernd erhöht werden. Die Abwasserentsorgung wurde im März 2006 um 28 % verteuert, die Müllabfuhr um 19,5 %, die Energieabgabe um 37 %. Und mit 1. Jänner 2009 stiegen Abwasser- und Müllabfuhrgebühr erneut um 5,6 Prozent.

# Strom und Gas sind für Wiener Haushalte deutlich teurer als in vielen anderen EU-Hauptstädten - wie unabhängige Untersuchungen zeigen. Der Gaspreis wurde in 7 Jahren um rund 30 Prozent erhöht.

Die Beteuerungen der SPÖ, dass diese Kostenbelastung für die Menschen in Wien aufgrund „betriebswirtschaftlicher Überlegungen“ notwendig wären, sind eine Lüge. Der Gewinn von Wien-Energie lag 2007 bei 87,6 Millionen Euro, 2008 bei 78 Millionen Euro und 2009 wieder bei 87 Millionen Euro.

Da Wien Energie Teil der Wiener Stadtwerke Holding AG ist, die zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Wien ist, hätte die SPÖ-Rathausmehrheit – wie von der KPÖ gefordert – die Preiserhöhungen mit einem einfachen Gemeinderatsbeschluss auch einfach aussetzen können.

# Die Jahreskarte der Wiener Bäder wurde in den vergangenen Jahren um satte 29 Prozent erhöht. Ein Öffi-Einzelfahrschein für Bus, Bim oder U-Bahn wurde in nur 7 Jahren in Wien um 40 % teurer.

# Die Mieten am privaten Wohnungsmarkt und im Gemeindebau werden immer unerschwinglicher.

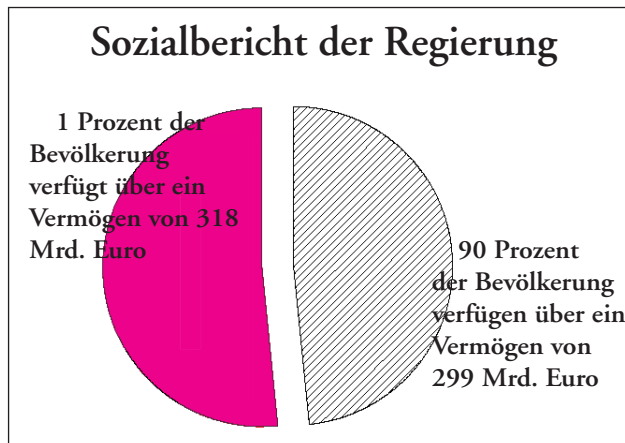
# Zudem werden öffentliche Mittel in Millionenhöhe (Debakel beim Prater-Vorplatz, Euro-Fanzone im Hanappi-Stadion, Umbau der Hauptfeuerwache, Skylink-Affäre) in fragwürdige Projekte gesteckt bzw. versickern in „dunkle Kanäle“.

## SPÖ-Propaganda und die Realität

Wien ist eine der reichsten Regionen der EU. Doch gegen die wachsende Ungleichverteilung des Reichtums hat die SPÖ kein Rezept.

Fakt ist, dass 2007 in Wien 328.078 Menschen – trotz Erwerbstätigkeit – laut amtlicher Statistik der Stadt Wien über ein Jahresbruttoeinkommen von maximal 20.000 Euro verfügen konnten. Und rund 150.000 PensionistInnen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, müssen ebenfalls mit rund 15.000 Euro brutto im Jahr auskommen.

Nach Zahlung der Sozialversicherungsabgaben, der Lohnsteuer und der monatlichen Fixkosten ist damit das frei verfügbare Monatseinkommen quasi gleich null.



Fakt ist, dass in Wien rund 17 Prozent der Bevölkerung als „armutsgefährdet“ betrachtet werden müssen. Damit liegt Wien deutlich über dem Österreich-Durchschnitt (12,5 %). Selbst die aus Steuergeldern finanzierten Propaganda-Lawinen und der ständige Verweis auf die Resultate der „Mercer-Studie“ können die Fakten nicht aus der Welt schaffen.

Die Nettorealeinkommen je unselbständig Beschäftigten (also nach Abzug der Inflation) lagen im Jahr 2005 um rund 2 Prozent unter jenen des Jahres 1995. Und dies obwohl das BIP, also die gesamte Wirtschaftsleistung, im gleichen Zeitraum um 19 Prozent gestiegen ist.

## HC Strache - der Bodyguard der Euro-Millionäre

Fakt ist, dass in Österreich 1 Prozent der Bevölkerung rund 33 Prozent des gesamten Vermögens in Österreich besitzt. 2009 ist die Zahl der Millionäre in Österreich auf 68.900, deren Vermögen auf 210 Milliarden Euro gestiegen.

Doch die Superreichen müssen kaum mehr Steuern zahlen, denn Österreich ist mit 1,3 % bei vermögensbezogenen Steuern Schlusslicht im OECD-Raum. Wenn der Hetzer vom Dienst, HC-Strache, „Steuersenkungen statt neuen Steuerbelastungen“ fordert, so positioniert sich Strache als Bodyguard der Euro-Milliardäre Wlaschek, Mateschitz, Esterhazy, Stronach, Androsch, Meinel & Co.

## Unsere Lösungen:

- ☆ Vermögenssteuern für Reiche und Superreiche in Höhe des OECD-Durchschnitts würden 5 Milliarden Euro pro Jahr in die Staatskassen spülen.
- ☆ In Wien selbst könnte – dazu braucht es keine Beschlüsse der Bundesregierung – über die Einführung spezieller Steuern und Abgaben für Reiche und Superreiche (Stichwort „Breitner-Steuer“, mit welcher in der Ersten Republik der kommunale Wohnbau finanziert wurde) unmittelbar und direkt im Sinne des Abbaus sozialer Ungleichheit interveniert werden.

Weiteres fordern wir:

- ☆ einen gesetzlichen Netto-Mindestlohn von 10, Euro pro Stunde
- ☆ Lohnerhöhungen über der Inflationsrate unter Berücksichtigung des Produktivitätszuwachses
- ☆ Konjunkturpakete im Kampf gegen Arbeitslosigkeit
- ☆ Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

Ein von Grund auf erneuertes internationales Finanzsystem ist – so unsere Meinung – eine Notwendigkeit: Rigide Kapitalverkehrskontrollen, die Schließung der Steuer-Oasen, Einführung einer Tobin-Tax, das Verbot von Hedge-Fonds und komplizierten Derivatgeschäften, das Verbot der Börsenspekulation mit Energie, Lebensmitteln, Wasserversorgung und anderen Gütern müssen durchgesetzt werden. Der gesamten Bankensektor in seiner jetzigen Form gehört zerschlagen und unter gesellschaftliche Kontrolle.